

**Straßensozialarbeit und alternativer Tagesaufenthalt**

Beratungsfolge	Datum	Status	Beratungszweck
Gemeinderat	26.03.2019	öffentlich	Beschlussfassung

Anlagen:

**Beschlussantrag**

- 1. Der Gemeinderat stimmt dem Konzept zur Installierung eines Gartens als alternativen Tagesaufenthalt mit begleitender Strassensozialarbeit zu und beauftragt die Verwaltung mit der weiteren Umsetzung.**
- 2. Der Gemeinderat hebt den im Haushaltsplan gesetzten Sperrvermerk in Höhe von 94.000 € (Produktgruppe 31.30.05) auf.**
- 3. Der Gemeinderat beschließt eine zusätzliche Vollzeitstelle in Vergütungsgruppe S11b im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 bereits im II. Quartal zu 2019 besetzen.**

**I. Sachverhalt und Begründung**

Der Tagesaufenthalt von Randgruppen auf öffentlichen Plätzen ist das Ergebnis sozialer Ausgrenzung sowie fehlender Alternativen für diese Menschen. Aufgrund ihrer oftmals prekären Lebens- und Wohnsituation haben sie kaum private Rückzugsräume. Sie pflegen ihre sozialen Kontakte häufig auf den öffentlichen Plätzen. Die Straße ist ein wichtiger Lebensraum bzw. notgedrungen sogar der Lebensmittelpunkt.

Alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt sollten die öffentlichen Plätze angstfrei nutzen können, ohne von einer Nutzergruppe verdrängt oder in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt zu werden. Auch Menschen am Rande der Gesellschaft haben ein Recht zum Aufenthalt im öffentlichen Raum. Es geht allerdings nicht um eine sozialromantische Verklärung manchmal durchaus problematischer Verhaltens- und Aufenthaltsformen. Wenn ein gewisses Maß an Lautstärke, Aggression, Alkohol-/Drogenkonsum überschritten wird, gerät die Toleranz von Anwohnerinnen und Anwohnern an durchaus nachvollziehbare Grenzen. Hier müssen daher klare Rahmenbedingungen gesetzt werden, damit eine Situation nicht außer Kontrolle gerät. Aber mit einseitig ordnungspolitisch und polizeirechtlich auf Verdrängung ausgerichteten Strategien lassen sich soziale Probleme in der Regel nicht lösen. Allein durch ordnungspolitische Maßnahmen erreicht man kein friedliches Miteinander, sondern lediglich eine Verlagerung der

Probleme.

### **Ausgangslage in Bruchsal**

Im Jahr 2018 gab es massive Beschwerden über die Aufenthaltsformen der Szene am Kirchplatz, die offensichtlich sowohl quantitativ als auch qualitativ über das in der Vergangenheit bekannte Maß hinausgingen. Im Herbst 2018 haben sowohl Kolleginnen und Kollegen des Ordnungsamtes als auch des Amtes für Familie und Soziales (AFS) versucht, die Zusammensetzung und Veränderungen der Szene am Kirchplatz zu beobachten.

Neben der aktuellen Problematik am Kirchplatz gab es aber auch in der Vergangenheit immer wieder Probleme/Beschwerden an unterschiedlichen öffentlichen Plätzen im Innenstadtbereich. Die Lage beruhigte sich an einigen Brennpunkten dann wieder. Zum Teil durch gezielte Maßnahmen mit gewisser Lenkungswirkung, zum Teil aber wohl auch ohne aktives Eingreifen einfach aufgrund veränderter Rahmenbedingungen.

### **Straßensozialarbeit und alternativer Tagesaufenthalt**

Die baulichen und ordnungsrechtlich geplanten Maßnahmen um den Kirchplatz (siehe Vorlage des Stadtplanungsamtes) sind ein erster Schritt in Richtung einer Verbesserung der Situation. Allerdings sind die Probleme damit nicht gelöst. Ohne ergänzende soziale Angebote sind vielmehr negative Konsequenzen für andere Plätze der Innenstadt zu befürchten. Deshalb sollen die vorgesehenen baulichen Veränderungen von einem sozialen Handlungskonzept begleitet werden, das den berechtigten Interessen aller Nutzerinnen und Nutzer der öffentlichen Plätze mit differenzierten und zivilen Konfliktlösungen Rechnung tragen soll.

#### Straßensozialarbeit

Straßensozialarbeit ist ein niedrigschwelliges Kontakt- und Unterstützungsangebot auf den öffentlichen Plätzen der Stadt. Mit einem solchen Angebot können Menschen (nicht nur am Kirchplatz!) angesprochen werden, die von bestehenden Hilfsangeboten nicht oder nur ungenügend erreicht werden.

Die Straßensozialarbeit macht ein individuelles Hilfsangebot zur Überwindung akuter Notlagen sowie zur Entwicklung von Lebensperspektiven. Ziel ist es, den Prozess der sozialen, psychischen und physischen Verelendung zu unterbrechen, die vitalen Grundbedürfnisse zu befriedigen und die Menschen ins bestehende Hilfesystem zu integrieren. Auch diese Menschen verfügen über Ressourcen, die sie zu einer aktiven Partizipation am Leben in der Gemeinschaft befähigen. Über die Stabilisierung und Verbesserung der Lebenssituation sollen verloren geglaubte Fähigkeiten und Fertigkeiten wiederentdeckt, erhalten und gefördert werden, um neue Lebensperspektiven zu entwickeln.

Vor dem Hintergrund der spezifischen Arbeitsprinzipien im Arbeitsfeld Straßensozialarbeit (Akzeptanz, Freiwilligkeit, Transparenz, Parteilichkeit) muss bei der Integration der neuen Stelle in den Sozialen Dienst auf eine strikte Abgrenzung zu ordnungsrechtlichen Aufgaben/Zielen geachtet werden, weil ansonsten der Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zu den Zielgruppen erheblich erschwert würde.

#### Aktivierung und Alternativen

Neben individuellen Hilfsangeboten zur Entwicklung **persönlicher Lebensalternativen** sollte ein Schwerpunkt der Straßensozialarbeit vor allem im Bereich **Aktivierung** liegen. Das heißt, Vermittlung und Initiierung von niedrigschwelligen Beschäftigungs- und Tagesstrukturangeboten. Dadurch haben die Betroffenen zumindest für einen Teil des Tages **zeitliche Alternativen** zum konfliktreichen Aufenthalt im öffentlichen Raum. Allerdings braucht es auch **räumliche Alternativen**, wenn der Aufenthalt in bestimmten Bereichen der Innenstadt nicht erwünscht bzw. nicht mehr möglich ist.

### Alternativer Treffpunkt/Tagesaufenthalt (Garten am Bannweideweg)

Nach Beendigung des Bürgergartens in der Viktoria-Anlage hatten engagierte „Bürgergärtnerinnen und Bürgergärtner“ für eine Fortsetzung des Projekts an einem anderen Standort geworben. Basierend auf den Grundsätzen Partizipation und Dialog hatte es dort positive Ansätze in Bezug auf Einbindung/Beteiligung der Szene, Verantwortungsübernahme bei der Gartenpflege und Initiierung von Selbstregulierungsmechanismen gegeben. Allerdings war dieser Prozess ohne begleitende Sozialarbeit an Grenzen gestoßen.

In einem vom Sozialen Dienst moderierten „Runden Tisch“ waren ehrenamtliche Einzelpersonen, Gemeindemitglieder der ev. Methodistischen Kirche sowie Szene-Mitglieder an der Diskussion um einen solchen künftigen alternativen Treffpunkt/Tageaufenthalt beteiligt. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe des Amtes für Familie und Soziales, des Ordnungsamtes sowie des Stadtplanungsamtes wurde mit dem Flurstück 1499/1 ein geeigneter Standort gefunden. Die Mittel für Sachkosten (Aufbau und Betrieb eines Gartens) sowie die Personalkosten für begleitende Straßensozialarbeit wurden im Haushalt 2019 berücksichtigt.

Das Flurstück 1499/1 am Bannweideweg ist in städtischem Besitz. Es ist von der Innenstadt fußläufig erreichbar, ein Lebensmittelgeschäft liegt in der Sichtachse (REWE) und einzelne Betroffene haben bereits signalisiert, dass ein solcher Treffpunkt Akzeptanz bei der Szene finden könnte. Das Gelände kann wegen des dichten Wurzelwerks der Bäume zwar nur mit Hochbeeten gärtnerisch genutzt werden. Dies ist aber aus Sicht der bisher im Bürgergarten engagierten Ehrenamtlichen kein Problem.

In den Prozess des Aufbaus und Betriebes dieses alternativen Tagesaufenthalts sowie der Straßensozialarbeit müssen neben den Ehrenamtlichen vor allem die potentiellen Nutzerinnen und Nutzer einbezogen werden, weil dies die Identifikation mit „ihrem Garten“ fördert (v.a. auch bzgl. der Namensgebung). Auch die in Bruchsal bereits tätige Wohnungslosenhilfe (Caritasverband, Julius-Itzel-Haus) und Suchthilfe (BW-LV, Fachstelle Sucht) muss eingebunden werden. Gerade die Fachstelle Sucht hatte nach Schließung der Substitutionsambulanz 2016 versucht, den Kontakt zu den Substituierten im Rahmen Aufsuchender Sozialarbeit auf der Straße zu halten bzw. wiederherzustellen. Beim Beginn der Straßensozialarbeit können diese Kolleginnen und Kollegen zu einem wichtigen „Türöffner“ in die Szene werden.

## **II. Nachhaltigkeit und finanzielle Auswirkungen**

Da ein solches Projekt nur auf der Basis von Freiwilligkeit funktionieren kann, gibt es keine Garantie, dass die Probleme in der Innenstadt damit gelöst wären. Aber durch die breite Basis an ehrenamtlich Engagierten mit hoher Akzeptanz bei der Szene und die frühe Beteiligung der potentiellen Nutzerinnen und Nutzer schon bei der Standortsuche, bietet sich in der aktuellen Situation die einmalige Chance, dass ein solcher alternativer, innenstadtnaher Treffpunkt von einem großen Teil der Szene angenommen wird. Damit könnte aus Sicht der Verwaltung ein wichtiger Beitrag zur Befriedung am Kirchplatz und anderen öffentlichen Plätzen geleistet werden.

Im ersten Jahr einer solchen Nutzung muss ein Großteil der Sachkosten für den Aufbau der notwendigen Infrastruktur (Strom, Wasser, Toilette (Dixi), Hütte/Unterstand usw.) aufgewendet werden.

Mittel für die Umsetzung dieses Konzeptes sind im Haushalt berücksichtigt, jedoch bisher mit einem Sperrvermerk versehen. Die Sachmittel in Höhe von 94.000 € können auch für die Deckung der zusätzlichen Personalkosten eingesetzt werden.

Es ist folgende Produktgruppe betroffen: 31.30.05

